

## Vernetzung als Segen und Fluch



**Der Computer ist als Kommunikationshilfe ein Fortschritt, wird aber im pädagogischen Bereich häufig massiv überschätzt. Er erweist sich schnell einmal als «Krücke», bei der die Menschen das natürliche Gehen verlernen oder gar nicht mehr erlernen.**

Die Digitalisierung ist ein zivilisatorischer Quantensprung, aber sie hat ein Doppelgesicht, das Chancen und Gefahren zeigt. Sie erleichtert die weltweit frei gewählte Kommunikation unter frei gewählten Partnern, aber sie ermöglicht auch die weltweit totale Überwachung.

Um Letzteres zu verhindern, braucht es die Fähigkeit des kritischen und distanzierten Umgangs mit Technologie, sonst wird das Instrument zum Beherrscher jener, die es benutzen. Was mit der Chance der Dezentralisation begonnen hat, wird zum Fluch der Zentralisation.

Kultur braucht territoriale Brennpunkte, aber diese sollen vielfältig sein, miteinander konkurrieren und voneinander lernen. Sie sollten sich auch eigenständig finanzieren.

Die politischen Machtzentralen, die sich dank elektronischer Kommunikation einen Vorsprung erarbeiten und diesen bürokratisch, über Steuern und über das Bildungswesen sichern, sind eine Gefahr. In einer offenen Gesellschaft ist dafür zu sorgen, dass die ausgebildeten Benützer die Systeme beherrschen, ohne von ihnen beherrscht zu werden. Sonst verschwinden Freiheit und Selbstverantwortung, ohne dass dies bemerkt würde.

Der englische Schriftsteller George Orwell hat schon in der Mitte des 20. Jahrhunderts davor gewarnt, dass Menschen durch staatlich erzwungene Kommunikation zu Staatsklaven werden.

Robert Nef, Publizist, St.Gallen

## Willkür im Bundeshaus

**Bundesrätin Simonetta Sommaruga missachtet den Volkswillen. Sie hat die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe massiv erhöht und will innerorts generell Tempo 30 einführen.**

Die SP-Politikerin gebärdet sich als Ideologin und übersteuert demokratische Beschlüsse. Im Sommer hat sie die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe um ein Viertel erhöht. Dass die Bevölkerung kurz vorher dem CO<sub>2</sub>-Gesetz und damit einer Verteuerung der Benzin- und Heizöl-Preise eine Abfuhr erteilt hatte, interessiert sie kaum – und ihre Bundesbeamten noch weniger.

Dieses war der erste Streich. Und der nächste folgte gleich.

Mittels bundesrätlichen Entscheids soll Tempo 30 innerorts «vereinfacht» eingeführt werden. Dass links-grün dominierte Städte das Auto diskriminieren, ist bekannt. Neuerdings betreibt auch die Mehrheit im Bundesrat eine ideologisch verblendete Verkehrspolitik. Das ist mehr als ärgerlich.

Unsere Regierung richtet sich sogar gegen einen glasklaren Volksentscheid: Im damaligen Abstimmungsbüchlein hiess es, dass «Tempo 30 generell auf dem gesamten Strassennetz innerorts, das vom Ausbaugrad und Erscheinungsbild her ausserordentlich heterogen ist», unverhältnismässig erscheine. Bundesbeamte drücken sich kompliziert aus. Unsereiner würde sagen: Generell 30 bringt es nicht.

Die Volksinitiative zu Tempo 30 innerorts wurde mit 2 063 314 Nein gegen nur 525 609 Ja abgeschmettert. Ein ähnlich gestrickter Vorstoss ist vor Kurzem in der parlamentarischen Verkehrskommission KVF abgelehnt worden. Es braucht eine ungesunde Mischung aus Demokratieverachtung und Überheblichkeit, um sich über solche Entscheide hinwegzusetzen.

Die gesetzliche Ausgangslage ist klar: Innerorts gilt generell Tempo 50. 30er-Zonen können nur auf der Basis eines Gutachtens eingeführt werden. Gründe: Verbesserung des Verkehrsflusses, Verminderung besonderer Gefahren, Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung.

Fakt ist: Tempo 30 verursacht generell mehr Stau, belastet die Umwelt stärker und behindert erst noch den öffentlichen Verkehr.



Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.